

Laibacher Zeitung.

Nr. 292.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 12, halbj. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 20. Dezember

Insertionspreis: Bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20. w. w. Insertionsbettel: jedesmal 30 kr.

1873.

Pränumerations - Einladung.

Mit 1. Jänner 1874 beginnt ein neues Abonnement auf die „Laibacher Zeitung.“ Wir werden durch reichen und mannigfaltigen Inhalt, durch sorgfältige Redaction des politischen Theiles, durch eingehende Behandlung aller wichtigen Tages-Fragen in Original-Artikeln von unterrichteter Seite, insbesondere durch reichhaltige, thatächliche und kurze Berichterstattung über alle hervorragenden Neuigkeiten des In- und Auslandes, durch Besprechung der materiellen Landesinteressen, durch schnelle Mittheilung thatächlicher Provinz- und Local-Angelegenheiten, durch Besprechung wichtiger Fragen aus dem Gebiete der Literatur, Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Nationalökonomie, denen die „Laibacher Zeitung“ auch fortan ihre Spalten bereitwilligst öffnen wird, durch Mittheilung von Original-Telegrammen über alle wichtigen Ereignisse, durch neueste, interessante Original-Romane enthaltende Feuilletons theils belehrenden, theils unterhaltenden Inhaltes, durch die Rubrik „Stimmen aus dem Publicum“ zur Kundgebung der Wünsche und Beschwerden, wie bisher, bemüht sein, unserem Blatte ein allgemeines Interesse zu sichern. Die vollinhaltliche Mittheilung der wichtigsten Reichs- und Landesgesetze, Ministerial- und Landes-Verordnungen, wodurch die Anschaffung von Separatausgaben erspart wird; die Schnelligkeit, mit welcher die Verhandlungen des Reichsrathes, Landtages, Gemeinderathes, aller Vereine und Corporationen gebracht werden, dürften der „Laibacher Zeitung“ den Vorzug vor anderen Blättern sichern. Die Besprechung in allen Rubriken wird eine gemessene und leidenschaftslose, endlich die äußere Form eine anständige sein.

Eine unserer ersten Aufgaben wird es auch im Jahre 1874 sein, die Rubrik „Locales“ mit thatächlichen Berichten über alle in der Landeshauptstadt Laibach und im ganzen Lande Krain vorkommenden wichtigen und interessanten Tagesereignisse reichlich auszufüllen.

Wir ersuchen deshalb alle Freunde unseres Vater- und Heimatlandes, alle Freunde des Fortschrittes auf der Bahn der Staatsgrundgesetze, alle wissenschaftlichen, politischen, humanitären Vereine und Gesellschaften um ihre geistige und materielle Mitwirkung zur Erfüllung unseres Programmes und um gefällige Mittheilung von Original-Correspondenzen über besondere Ereignisse und Vorfälle aus allen Bezirken des Landes Krain, damit die „Laibacher Zeitung“ ein Gemeingut des gesammten Heimatlandes werde.

Wir unsererseits werden alles aufbieten, um die Verwirklichung dieses reellen patriotischen Programmes zu erzielen.

Die Pränumerations-Bedingungen bleiben unverändert:

Ganzjährig mit Post, unter Schleifen versendet	15 fl. — kr.	Ganzjährig für Laibach, ins Haus zugestellt	12 fl. — kr.
halbjährig dto. „ „ „ „	7 „ 50 „	halbjährig „ „ „ „	6 „ — „
ganzjährig im Comptoir unter Couvert	12 „ — „	ganzjährig im Comptoir offen	11 „ — „
halbjährig „ „ „ „	6 „ — „	halbjährig „ „ „ „	5 „ 50 „

Die Pränumerations-Beträge wollen portofrei zugesendet werden.

Laibach, im Dezember 1873.

Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhen allergnädigst Allerhöchstherrn Vetter, dem Feldmarschall-Lieutenant Erzherzog Rainer die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des Großkreuzes des französischen Ordens der Ehrenlegion zu ertheilen (Allerhöchste Entschl. vom 1. Dezember 1873);

ferners:

an den Capitän der kön. ungarischen Leibgarde, Generalfeldmarschall Franz Gr. Haller v. Hallerles das nachstehende Allerhöchste Handschreiben zu erlassen:

Lieber Graf Haller!

Es ist Mir zur Kenntnis gekommen, daß Sie vor wenigen Tagen das sechzigste Dienstjahr als Offizier zurückgelegt haben.

Indem Ich diesen Moment einer selten langen Dienstzeit zum Anlaß nehme, Ihrer stets bewährten Pflichttreue und Hingebung in vielseitigen Verwendungen dankbar zu gedenken, wünsche Ich herzlichst, daß Sie in Ihrer gegenwärtigen Stellung noch durch Jahre Mir erhalten bleiben.

Budapest, am 30. November 1873.

Franz Joseph m. p.

(Allerh. Entschl. vom 30. November 1873)

Nichtamtlicher Theil.

Vom Tage.

(Journalstimmen.)

Die Dauer der heutigen Landtagsession dürfte sich nach kurzer Vertagung zur Weihnachtszeit dort, wo es nothwendig wird, bis zum Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses ausdehnen. Die in einmündigen Landtagen gemachten Versuche, politische Actionen und Demonstrationen zu inszenieren, wurden bisher energisch abgelehnt.

Der Schwerpunkt des öffentlichen Lebens in Oesterreich ruht gegenwärtig in den Landtagen, denen durch die Vertagung des Reichsrathes ausreichende Zeit gegeben ist, voller Autonomie die Landesangelegenheiten zu ordnen, neue Maßnahmen zur Hebung des geistigen und materiellen Wohles zu beschließen und in gemeinsamen Fragen den Anstoß zu gedeihlichen Gesetzesvor schlägen zu bieten. In ersterer Beziehung darf fast allen Landtagen ohne Ausnahme die Anerkennung gezollt werden, daß mit Fleiß und Geschick Hand ans Werk gelegt

wird. Das Nachzittern des staatsrechtlichen Haders ist wie ein bloßes Wetterleuchten am Horizont der Landesvertretung von Mähren vorübergezogen, in Krain dürfte es sich nicht einmal zu dieser Bedeutung emporschwingen und in Galizien plaidieren selbst die gemäßigteren politischen Journale gegen eine lange Debatte über den Czartoriski-Smolka'schen Resolutionsantrag. Die Abstinenz der böhmischen Declaranten erfährt durch die czechische Bevölkerung, die sich immer häufiger an den Landtag wendet, das entschiedenste Desavou. Die gegenwärtige Landtagsession, schließt das Blatt seine Betrachtung, wird nicht geschlossen werden, ohne die Ueberzeugung gekräftigt zu haben, daß die Wahlreform und die dadurch herbeigeführte Auflösung der Landtage von dem Reichsrathe die Autonomie der in letzterem vertretenen Königreiche und Länder nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern in hohem Grade gefördert habe, ohne deren berechtigten und im Geseze begründeten Einfluß auf die Reichsgesetzgebung zu schmälern. Es liegt darin ein neuer Beweis dafür, daß gesunde staatsrechtliche Prinzipien nicht bloß die Situation zu klären vermögen, sondern auch jenen Institutionen nützen, auf deren Schädigung sie befangenen Augen zuerst gerichtet zu sein schienen.

In der czechischen Presse wird gestritten, wer an der neuen Parteibildung im nationalen Lager und der Lostrennung der Jungczechen schuld sei. Außerdem suchen die jung- und altczechischen Organe in fortgesetzten Rundgebungen der Wähler vom Lande sowohl für die Activitäts- als auch die Passivitätspolitik zu demonstrieren.

Die „Presse“ gelangt bei steter Beachtung der Vorgänge in den Lagern der Alt- und Jungczechen zu dem Schlusse, daß sich die Czechen plötzlich selbst zugrunde richten und mit eigenen Händen die frühere feste Organisation ihrer Partei, welche einzig ihrer Opposition einen Nachdruck gegeben hatte, zerstören. Das genannte Blatt sagt: „Wenn man eine Bilanz der gegenseitigen Beschuldigungen und Verleumdungen zieht, so gestaltet sich die Situation für die Alt- und Jungczechen und speziell für Palachy und Rieger immer ungünstiger, aber schließlich wird es ganz gleichgültig sein, welche von den beiden Fractionen einen schwächlichen Rückzug antreten muß, oder welche sich prahlerisch den Sieg zuschreiben wird. Beide werden noch zeitig genug erkennen, daß sie ungeachtet der heftigen Entzweiung einander bei der Desorganisation und Auflösung der czechischen Opposition wirksamst in die Hände gearbeitet haben. Eine Partei, in deren Schoß solche Dinge vorgehen, spielt nur eine erbärmliche Rolle, wenn sie sich dann wieder zur Opposition gegen die Regierung und die Verfassung des Staates erheben will. Die Czechen

thun sich als oppositionelle Partei jetzt selbst ab und degradieren sich durch ihre widerliche Disziplinlosigkeit nur zur Rolle eines unruhigen Elements in der Bevölkerung des Staates, das künftighin im Interesse der Ruhe und Ordnung in Schranken gehalten werden muß. Es ist ein eigenthümliches Schauspiel, wie in einer von prager Bürgern unterzeichneten offenen Erklärung in der „Narodni Listy“ den Herren Palachy und Rieger die Volkstribunentoga in Fugen vom Leibe gerissen wird, und man muß fast den alten Mann bedauern, daß er sich von den Creaturen, die er einst selber machte und denen er den nationalen Dünkel erst eingeblasen, meistern lassen muß. Wie wird es Herrn Rieger, der mit Vorliebe das noble Air des bedeutenden Staatsmannes und Politikers zur Schau trägt, ärgern, wenn ihm gesagt wird, daß er an der Verwilderung und Zügellosigkeit des Parteikampfes Schuld ist. In Kreisen solcher Politiker, wie die Czechen sind, hat immer derjenige recht, welcher am lautesten schreit und am ärgsten schimpft; deshalb wird es jetzt dem Organ der Alt- und Jungczechen nur wenig helfen, wenn es auf einmal maßvoll und besonnen thun will und erklärt, es habe stets der guten Sache mit anständigen Mitteln gedient. Die Jungczechen haben im Volke bereits Oberwasser, das läßt sich nicht verkennen, wenn auch die Alt- und Jungczechen hie und da ein Misstrauensvotum gegen den einen oder andern jungczechischen Abgeordneten zu stande bringen. Am meisten ärgert es die Alt- und Jungczechen, daß der von Stadkovsky vor einigen Jahren gegründete „nationale Klub“, der viele Mitglieder auf dem Lande zählt, als jungczechisches Wahlcomité organisiert wird, um den bisherigen Vertrauensmännerklub in Scat zu legen. Der „Vokrok“ veröffentlichte vor einigen Tagen Circulars, in denen zum Eintritte in den „nationalen Klub“ eingeladen wurde, um zu beweisen, daß die Jungczechen schon vor langer Zeit die Meuterei vorbereitet und Hülstruppen für dieselbe geworben haben. Aber dieser Schwachzug war sehr ungeschickt, denn die „Narodni Listy“ erklären heute, der „Vokrok“ habe die Unterschrift dieser Circulars unterschlagen. Dieselben seien allerdings schon älteren Datums, aber keineswegs von einem der secessionistischen Jungczechen unterschrieben, sondern von — Johann Viesky, der damals Vizipräsident des Klubs war und den gewiß niemand für einen jungczechischen Parteigänger halten wird.“

Die polnischen Blätter schenken den Meldungen der wiener Journale bezüglich der bevorstehenden Einbringung oder Erledigung der confessionellen Vorlagen im Reichsrathe wenig Vertrauen und sie glauben, daß die Budgetberatungen und die ange kündigten volkswirtschaftlichen Vorlagen die Aufmerksamkeit des Abgeordnetenhauses zu sehr in Anspruch

nehmen werden, als daß auch Zeit zur Erledigung der confessionellen Gesetze in der jetzigen Reichsrathssession bleiben sollte.

Die „Trierer Zeitung“ bekämpft die vom dortigen Landtage seit Jahren geforderte Errichtung einer eigenen juristisch-politischen Facultät mit italienischer Vortragssprache in Trier als für Bildungszwecke der italienischen Jugend wenig ersprießlich und meint, daß in einer solchen Institution ein Factor mehr wäre, um die italienische Jugend dem österreichischen Bewußtsein zu entfremden und separatistischen Anschauungen preiszugeben.

Ueber die politische Situation in Ungarn meldet die Presse folgendes:

„Der Parlamentarismus ist in Ungarn arg bedroht. Von allen Seiten im Stich gelassen, müßte er schon heute als aufgegeben betrachtet werden, hätte er nicht in der Stunde größter Bedrängnis einen Hort gefunden. Dieser ist allerdings ein sehr mächtiger. Die Krone selbst ist für den Parlamentarismus mit ihrer ganzen Autorität eingetreten und der hohe Ernst, mit welchem sie dies gethan, mag alle jene wieder aufrichten, welche sich nicht entschließen können, ihren besten Hoffnungen schon jetzt zu entsagen. Was ihnen aber kräftige Ermuthigung zu sein vermag, ist zugleich auch ihnen und allen eine sehr eindringliche Warnung. Geht der Parlamentarismus in Ungarn in die Brüche, dann haben ihn nicht äußere feindliche Einflüsse zugrunde gerichtet, dann ist er an dem Unvermögen des Landes, ihn zu ertragen, zugrunde gegangen.“

Aus den Landtagen.

(16. Dezember.)

Niederösterreich. Der Landtag beschäftigte sich mit der Frage inbetreff der Vereinigung kleinerer Gemeinden zur gemeinschaftlichen Geschäftsführung.

(17. Dezember.)

Oberösterreich. Das Landes-Schulfonds-Präliminare für 1874 wurde erledigt und die Einführung einer Landes-Schulfonds-Umlage von zwanzig Kreuzern per Gulden directer Steuer bewilligt.

Mähren. Dworzak interpelliert den Landeshauptmann wegen Nichtausführung des früheren Landtagsbeschlusses betreffs der sprachlichen Gleichberechtigung bei der inneren Amtierung der Landesämter. Eine umfangreiche Interpellation Fanderlitz ergeht sich in Beschuldigungen gegen die Regierung wegen tendenziöser Auflösung von Vorschulklassen in den slavischen Gegenden und fragt den Statthalter, ob er die auf die Auflösungen der Vorschulklassen und anderer Vereine bezüglichen Acten dem Landtage vorlegen und über die Liquidationsergebnisse der aufgelösten Vorschulklassen Mittheilungen machen wolle. Der Statthalter bemerkt vorläufig zur Beruhigung, daß von einer sogenannten Aufregung im Lande keine Rede sei. Die Behauptung, daß tausende Familien vernichtet wurden, sei eine crasse Unwahrheit. Sodann wurde eine Reihe von Finanzanschuldrungen erledigt.

Kärnten. Der Landtag beschloß, jährlich 10,000 Gulden zur Verbesserung der Stellung der Lehrer und Gewährung einer Jahreszulage von 60 Gulden für Lehrerinnen bis auf weiteres zu bewilligen.

Italien. Ein dringlicher Antrag wegen Einstellung der zwangsweisen Einhebung der Grundsteuer, sodann Subventionen für Nothstandsarbeiten, endlich die Bauordnung wurden beraten und angenommen.

Schulwesen in Baiern.

Der Episkopat wendete sich im September l. J. unmittelbar an die königliche Majestät in betreff der verordneten Einführung confessionell gemischter Volksschulen; er gab der zuversichtlichen Hoffnung Raum, „daß es der hohen Weisheit Sr. königlichen Majestät gelingen werde, die Durchführung dieser folgenreichen Angelegenheit in einer Weise zu leiten, daß dieselbe mit den Prinzipien der Kirche, dem verfassungsmäßigen Rechte der Gewissensfreiheit, der Erhaltung des gemeindlichen Friedens und der Förderung des gemeinamen Staatswohles sich im Einklange befände.“

Das k. Staatsministerium für Kirchen und Schulangelegenheiten, welchem der König diese Collectivengabe zur Erledigung zuwies, hat nun den sämtlichen bayerischen Bischöfen hierauf folgendes mitgetheilt:

„Die confessionell gemischte Schule war auch nach dem bisherigen Stande des öffentlichen Rechts weder in den bayerischen Landestheilen diesseits des Rheins noch in der Pfalz prinzipiell ausgeschlossen.“

Das bayerische Volksschulrecht hat die Simultanschule in den bairischen Gebietsheilen bis zum Jahre 1815, in der Rheinpfalz bis zum Jahre 1817 als Regel statuiert, das Volksschulrecht seit dem Jahre 1815, beziehungsweise 1817, bis auf die Gegenwart hat sie jedenfalls als Ausnahme zugelassen. Die confessionell gemischte Schule wurde somit in Baiern zu keiner Zeit als etwas schädliches und prinzipiell verwerfliches betrachtet. Auch dormalen kann die Staatsregierung der Anschauung der Erzbischöfe und Bischöfe des Landes, daß die confessionell gemischte Schule die religiöse Bildung der Jugend schädige oder gefährde, in keiner Weise beipflichten.

In der confessionell gemischten Schule wird bei der ihr in Baiern gegebenen Einrichtung der Religionsunterricht nach dem Bekenntnisse einer jeden Kirchengemeinschaft als ein wesentlicher Gegenstand des Unterrichtes betrachtet und von einem Geistlichen oder Lehrer der betreffenden Confession für die derselben angehörigen Kinder gesondert erteilt. Die Staatsregierung kann nur wünschen, daß die mit diesem wichtigen Unterrichtszweige betrauten Organe der verschiedenen Confessionen demselben die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden und in edlem Wettstreite bemüht sein mögen, jedermann auf seinem Gebiete, die besten Resultate zu erzielen.

Das untersteigste k. Staatsministerium kann nicht zugestehen, daß auch der Schulunterricht in den weltlichen Gegenständen, wie dies allerdings bei dem Religionsunterrichte sich von selbst versteht, einer bestimmten confessionell dogmatischen Färbung bedürfe, um zweckentsprechend zu sein. Der Unterricht in diesen Gegenständen darf nicht von den feststehenden besonderen Glaubenssätzen der einen oder der andern Confession beeinflusst sein.

Daß übrigens auch bei diesem Unterrichte und insbesondere bei der mit demselben verbundenen Erziehungsthätigkeit des Lehrers, sowie in dem ganzen Leben der Schule der Geist des Christenthums walten werde, mag aus der Thatsache entnommen werden, daß durch die Allerhöchste Verordnung vom 29. August d. J. auch der confessionell gemischten Schule der christliche Charakter ausdrücklich gewahrt wurde, indem nur die confessionell getrennten christlichen Volksschulen einer Gemeinde mit einander vereinigt und zur Wirksamkeit an den hiedurch geschaffenen Simultanschulen nur Lehrer der einen oder andern christlichen Confession berufen werden dürfen.

Die confessionell gemischte Schule dürfte gerade in Baiern Anspruch auf Anerkennung ihrer Berechtigung

haben, da der bayerische Staat verfassungsmäßig ein paritätischer ist und die confessionell gemischte Schule in nicht geringem Grade dazu angethan erscheint, in der nachwachsenden Generation jene Tugend zu pflegen und auszubilden, welche zu den unerlässlich notwendigen Eigenschaften der Angehörigen eines solchen Staates zählt — die Tugend der Toleranz, welche mit religiösem Indifferentismus nicht gleichbedeutend ist.

Der gewissenhafte Lehrer wird sich bei Behandlung der weltlichen Unterrichtsmächer innerhalb der Grenzen bewegen, die stofflich und formell durch die Natur des Gegenstandes selbst gezogen sind, und wenn er dieses thut, gar keine Veranlassung haben, besondere Glaubenssätze seiner Confession näher zu erörtern. Gerade ein religiös gewissenhafter Lehrer scheint in der confessionell gemischten Schule erst recht am Plage zu sein. Denn wie ihm seine eigene religiöse Ueberzeugung heilig ist, so wird er auch die religiöse Ueberzeugung der Andersgläubigen achten und daher beim Unterrichte sorgfältig alles vermeiden, was dieselbe verletzen könnte. Das ist aber nicht religiöser Indifferentismus, das ist die in einer der heiligsten Christenpflichten, der Nächstenliebe, wurzelnde Tugend der Toleranz.

In der Vorstellung der Erzbischöfe und Bischöfe wird als Haupteinwand gegen die Verordnung vom 29. August d. J. geltend gemacht, daß durch die in derselben enthaltenen Bestimmungen die den einzelnen Staatsbürgern gewährleistete Gewissensfreiheit nicht allweg aufrecht erhalten erscheine, da die Art und Weise des bei Einführung der confessionell gemischten Schulen vorgezeichneten Verfahrens in vielen Fällen dazu führen müsse, daß sich die Confession der Minderheit der Confession der Mehrheit eines Ortes unbedingt unterwerfen müsse.

Auch dieser Einwand erweist sich bei näherer Betrachtung der Sache als vollständig unbegründet und haltlos.

Die jedem Einwohner des Reiches verfassungsmäßig gewährleistete Glaubens- und Gewissensfreiheit gibt demselben das Recht, zu verlangen, daß er in bezug auf seine religiöse Ueberzeugung und die äußere Betätigung derselben keinem Zwange unterworfen werde.

Von einem solchen Zwange kann bei einer confessionell gemischten Schule, welche nach Maßgabe der Verordnung vom 29. August d. J. in einem Orte eingeführt wird, keine Rede sein, da den Eltern, welche ihre Kinder in diese Schule schicken, vollständige Garantie geboten ist, daß letztere in den Grundsätzen ihres Religionsbekenntnisses durch einen Geistlichen oder Lehrer dieses Bekenntnisses unterrichtet werden.

Nach dem öffentlichen Rechte des Landes ist die Leitung und Organisation des gesammten Unterrichtswesens, des niederen, mittleren und höheren, vorbehaltlich der den Kirchengemeinschaften in Bezug auf den religiösen Volksschulunterricht zustehenden Befugnisse, das ausschließende Recht der Staatsregierung, welches dieselbe auch auf allen Gebieten des Unterrichtes immer unbeanstandet geübt hat.

Kraft dieses Rechtes wäre die Staatsregierung zweifelsohne jeden Augenblick in der Lage, die confessionell gemischte Volksschule mit obligatorischem Charakter allgemein einzuführen.

Durch die allerhöchste Verordnung vom 29. August d. J. ist dieses nicht geschehen; durch dieselbe wurde in Befriedigung eines beim Vollzuge der bisherigen Rechtsnormen zutage getretenen Bedürfnisses lediglich die Möglichkeit eröffnet, in confessionell gemischten Gemeinden, welche bisher confessionell getrennte Schulen hatten, diese unter gewissen, genau präcisierten Voraussetzungen in gemischte Schulen umzuwandeln.

Seuiffelton.

Die Jahreszeiten des Herzens.

Das Herz ist einem Plane gleich,
Auf dem viel Blümchen blüh'n,
Wann lächelnd über ihn und weich
Die Frühlingstüfte ziehn.

Die Sommerdürre bleicht den Glanz
Und farblos steht der Plan.
Hertreten liegt der Blüthenkranz
Weiß auf der Sonnenbahn.

Wohl blüht noch in des Herbstes Hauch
Ein Blümchen hier und dort,
Doch lehn't's sich's bang an Baum und Strauch.
Der Glanz — der Glanz ist fort.

Ein Friedhof ist zuletzt das Herz,
Darauf viel Kreuze steh'n,
Und wo im Schnee still Freud und Schmerz
Bereint zur Ruhe geh'n.

W. Willibald Wulff.

Der Kampf ums Dasein.

Roman von Franz Ewald.

(Fortsetzung.)

„Das wäre Ihr Unglück, Herr Pastor,“ sagte Paulsen mit bebender Stimme. „Im Falle sie noch gelebt hätte und man an ihr gut machen könnte, was sie gebuldet, mochten die Schuldigen leer ausgehen, ist sie

tobt, dann wird die gerechte Strafe Sie und Ihre Helfershelfer ereilen. Leben Sie wohl, — ich hoffe, Sie haben auch dieses mal, wie schon oft — gelogen.“

Noch ehe der Pastor etwas erwidern und seiner Wuth Lust machen konnte, hatte Paulsen das Gemach verlassen und befand sich draußen.

„Die Sache wird gefährlich,“ brummte Sieberling, als er sich jetzt allein befand. „Verd — Geschichte! Wie mag das enden? Aber sie ist ja todt und Todte schweigen.“

Das war der Refrain, den Pastor Sieberling noch zwanzig mal im Laufe der nächsten Stunden wiederholte. Wenn Paulsen, woran er nicht zweifelte, polizeiliche Nachforschungen anstellte, so würde das Ende davon sein, daß man eine Leiche fände. Und wer mag denn beweisen, wer die Unglückliche war, welche dort einsam und allein gestorben? Ist nicht ihr Todtenschein ausgestellt schon vor einer langen Reihe von Jahren? Und dann noch eins. Hatte der reiche, angesehene Kaufmann Stromberg nichts zu fürchten, wenn er etwas zu fürchten hatte? Freilich auch ihn hatte er betrogen, aber wer wollte ihm das beweisen?

So überlegte Pastor Sieberling hin und her und die hochgehenden Wogen seines Innern begannen sich mehr und mehr zu glätten. Er hatte schon manchem Sturm Trotz geboten, warum nicht auch diesem? Marie war weit genug entfernt, um sie nicht so leicht aufzufinden, und wenn sie aufgefunden wurde, war sie eine Todte.

Paulsen war mittlerweile fortgestürmt, kaum seiner Sinne mächtig. Er hatte diesem elenden, hinterlistigen

Pfaffen gegenüber eine große Niederlage erlitten. Er hatte den Trumpf, den er bis zuletzt hätte in den Händen halten sollen, auf einmal ausgespielt und dadurch alles sofort verloren.

Was nun beginnen?

Paulsen überlegte, daß ihm die Polizei nur infofern von Nutzen sein könnte, als sie ihm vielleicht auffindig machte, wo jene Marie Schneider aus der K — Straße geblieben war. Auf alle Fälle aber war ein solches Auftreten dem Pastor gegenüber nicht so ganz rathlich. Paulsen gestand sich selbst, daß ein Charakter wie Sieberling, der einmal so weit gegangen war, sich nicht scheuen würde zum Aeußersten zu schreiten, wo es sich um alles handelte, um Ehre und Stellung, ja — selbst um seine persönliche Freiheit. Gleichfalls war er davon überzeugt, daß er rasch handeln müsse, damit ihm der schurkische Pfaffe nicht zuvor käme — aber was beginnen?

Paulsen war buchstäblich rathlos.

Ein solcher Zustand aber war natürlich bei ihm nicht von langer Dauer. Er fühlte die Nothwendigkeit zu handeln und er war entschlossen, es zu thun. Es ärgerte ihn nur, daß er den Pastor aufmerkksam gemacht und ihn vielleicht veranlaßt hatte, seine Maßregeln zu treffen.

Paulsen lenkte seine Schritte der Polizei zu. Er hatte unter den Beamten einen Bekannten. Diesen gedachte er in das Vertrauen zu ziehen.

Das war wenigstens ein vernünftiger Schritt, aber es wurde Zeit dadurch versäumt, während Pastor Sieberling sie nicht ungenützt vorbeigehen ließ.

(Fortsetzung folgt.)

Die Verordnung legt es auch nicht, wie in der Vorstellung der Erzbischöfe und Bischöfe irrig behauptet wird, in die freie Wahl der Gemeinden, ob sie confessionell gemischte Schulen haben wollen oder nicht, sondern behält unter allen Umständen die definitive Beschlußfassung hierüber der Staatsregierung vor.

Den Gemeinden ist nur das Recht der Antragstellung eingeräumt, und auch diese kann nur dann erfolgen, wenn zugleich der Nachweis erbracht wird, daß die überwiegende Mehrheit der legalen Gemeindevertretung, in Gemeinden mit städtischer Verfassung des Collegiums der Gemeinde-Bevollmächtigten, in Gemeinden mit Landgemeinde-Verfassung und in den Gemeinden der Pfalz der Gemeindeversammlung, hievon einverstanden ist.

Uebrigens muß noch bemerkt werden, daß die Verpflichtung zum Besuche der confessionell gemischten Schulen, wenn solche statt confessioneller Schulen nach Maßgabe der Verordnung vom 29. August d. J. in einer Gemeinde eingeführt werden, wie die Verpflichtung zum Besuche der Volksschule überhaupt, keine absolute ist; sie kann bekanntlich nur dann geltend gemacht werden, wenn die Eltern oder deren Stellvertreter nicht vorziehen, ihren Kindern oder Pflegebefohlenen einen den öffentlichen Schulunterricht ersetzenden Privatunterricht geben zu lassen.

Und abgesehen hiervon ist durch die Verordnung selbst den Eltern oder deren Stellvertretern, welche trotz der öffentlichen Fürsorge für eine gesonderte confessionelle Bildung in der Simultanschule ihre Kinder oder Pflegebefohlenen dennoch lieber in eine confessionelle Schule schicken möchten, ein doppelter Ausweg hierzu eröffnet, indem ihnen gestattet werden kann, entweder mit einer benachbarten Volksschule ihrer Confession in Schulverband zu treten oder aber eine Schule ihrer Confession für sich allein oder in Verbindung mit Confessionsverwandten benachbarter Orte aus eigenen Mitteln zu gründen.

Die königliche Staatsregierung, welche bei Erlassung der Verordnung vom 29. August d. J. sich streng auf dem Boden der Verfassung bewegt und kein anderes Ziel im Auge gehabt hat, als durch Vertheidigung eines bestehenden Bedürfnisses das Interesse des Jugendunterrichts und damit das Wohl der Einzelnen und der Gesamtheit pflichtmäßig zu fördern, wird sich auch bei Durchführung der Verordnung auf keinen andern Standpunkt stellen und von keinem andern Geiste leiten lassen. München, den 7. Dezember 1873. Auf Seiner königlichen Majestät allerhöchsten Befehl. Dr. v. Lutz.

Politische Uebersicht.

Laibach, 19. Dezember.

Zu ungarischen Abgeordnetenhaus bei Behandlung des Communicationsbudgets sprach Minister Tisza in längerer Rede über die allgemeinen Verkehrsverhältnisse. Die Eisenbahnpolitik müsse von folgenden Hauptpunkten geleitet sein: Ausbau der Linien im Osten und Süden, Herstellung bezüglicher Anschlüsse, Verschmelzung der kleineren garantierten Linien zu größeren Complexen, Anlauf der Südbahnlinsen, eventuell Bau von Concurrenzlinien, Ausbau der slavonischen Bahnen. Der Straßenbau müsse den Comitaten überlassen, den Wasserbauten müsse eine erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Diese Ansichten wolle er noch dem Hause mittheilen, ehe er den Ministerposten verlässe, um fernerhin als einziger Abgeordneter im Dienste des Vaterlandes zu wirken. Zum Schlusse empfiehlt er eine billige Beurtheilung seiner Amtswirksamkeit, deren Ergebnisse zum Theile durch das Gebahren seiner Amtsvorgänger bedingt waren.

Zu preussischen Abgeordnetenhaus rechtfertigte der Kultusminister die Vorlage des Civilheiratsentwurfes. Die prinzipielle Regelung dieser Frage sei nur durch die obligatorische Civilehe möglich, welche den Staat und die Kirche auf den ihnen gehörigen Boden stelle. Der Notstand, der durch von gesperrten Priestern geschlossene und deshalb ungültige Ehen entstanden sei, ist umso größer, als die davon betroffenen Personen, bei der Abgewandtheit des katholischen Klerus, den Ausprüchen der Staatsregierung keinen Glauben schenken. Der Minister erklärt, die Regierung lege aus praktischen Gesichtspunkten den größten Werth darauf, daß auch Geistliche zu Civilstandsbeamten ernannt werden können. Die dem deutschen Bundesrathe vorgelegte Concursordnung wird auf Vorschlag der Justizcommission einer besonderen Reichscommission von acht namhaften Juristen und drei angehenden Handelsstandsvertretern zur Vorberathung überwiesen. Die Commission tritt im März 1874 in Berlin zusammen und übergibt den fertiggestellten Entwurf dem Reichstanzler.

Die Nationalversammlung in Versailles genehmigte das Budget des Arbeitsministeriums und die Behandlung des Kriegsbudgets, welches sich auf 466 1/2 Millionen Francs beläuft, wurde begonnen. Clapier legte seinen Bericht über das Maires-Erneuerungsgesetz vor und verlangte die dringliche Behandlung desselben, welche auch bewilligt wurde. Die Debatte über das Gesetz wird nach Vortragsung des Budgets, aber vor der Verhandlung der neuen Steuern stattfinden. Der Justizminister legte einen Gesetzentwurf vor, wonach der Buchhandel, wie ehemals, der Concessionierung unterliegt. — Die Budgetcommission hat den Nachtragscredit von 300,000 Francs zur Bestreitung der Empfangs-

auslagen des Präsidenten der Republik im Ethio ohne Debatte genehmigt. Die Armeecommission beschloß, 17 Millionen zur Einberufung des zweiten Contingenttheils zu verlangen, auf welchen der Kriegsminister verzichtet hatte.

Der Ständerath in Bern genehmigte gleich dem Nationalrath die Abschaffung jeder geistlichen Gerichtsbarkeit, sowie das Verbot, welches den Jesuiten die Errichtung neuer oder die Wiederherstellung alter Klöster untersagt und die Leitung der Civilstandsregister und des Begräbniswesens den Civilbehörden zuweist.

In der rumänischen Deputiertenkammer legte das Ministerium einen Gesetzentwurf betreffs Abänderung des Expropriationsgesetzes vor.

Eine Regierungsedepesche aus Pulo-Penang meldet, daß die Holländer die Festung Cottaperalo am Fuße des Mijapis nahmen und gegen den oberen Atchin-River vorrückten. Die Nachricht von einer Ueberrumpelung der Holländer ist falsch.

Tagesneuigkeiten.

— (Ueber das Befinden Sr. Majestät des Kaisers von Deutschland) meldet der „Deutsche Reichsanzeiger“ vom 16. d. M.: „Die Fortschritte in der Genesung Sr. Majestät des Kaisers und Königs sind auch während der letzten Tage nicht unterbrochen worden, obgleich Allerhöchstdieselben durch die Nachricht von dem Ableben Ihrer Majestät der Königin Elisabeth sehr ergriffen worden sind.“

— (Zur Affaire Ofenheim.) Die „Wiener Abendpost“ bringt folgende Verichtigung: „Von mehreren Seiten wurde die Nachricht von der Verhängung der Verwahrungshaft über den früheren Generaldirector Ritter Ofenheim von Pouteuzin mit der Bemerkung mitgetheilt, daß diese Verhaftung auf Grund eines Beschlusses des Ministerrathes erfolgt sei. Wenn es sich auch ganz von selbst versteht, daß Maßregeln, welche zu beschließen und durchzuführen lediglich den Gerichten zukommt, den Gegenstand einer Berathung des Ministerrathes nicht zu bilden vermögen, glauben wir doch mit aller Bestimmtheit erklären zu sollen, daß jene Bemerkung vollständig erfunden ist.“

— (Die Lage der Arbeiterbevölkerung) der Eisen- und Raffineriewerke, sowie speciell der mit der Erzeugung von Eisenbahn-Oberbaumaterial und Brückenconstructionen aus Eisen und Stahl und von Eisenbahnfahr-Betriebsmitteln beschäftigten Industrie-Etablissements, ferner die bei diesen Geschäftszweigen eingetretenen Reductionen, beziehungsweise die partielle oder gänzliche Einstellung von Eisenbahnarbeitern ist gegenwärtig der Gegenstand gründlicher Erhebungen.

— (Selbstmord.) In Venedig erschoss sich am 16. d. der Director der dortigen Volksleibant Cavaliere E. B. im Vorzimmer des Polizeidirectors, während er durch den Amtsdienster sich bei diesem anmelden ließ.

— (Orkan.) Im nördlichen England wüthete am 16. d. ein heftiger Orkan. Die Telegraphenleitungen wurden zerstört und auch sonst beträchtlicher Schaden angerichtet. In Sheffield stürzte infolge des Sturmwindes ein Thurm zusammen und wurden hierbei sieben Personen getödtet und dreißig verwundet.

Locales.

Der ärztliche Verein in Laibach

hielt am 29. November eine Sitzung, welche von 29 Mitgliefern und 1 Gast besucht war.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die von Dr. Kapler als Berichterstatter des betreffenden Comités ausgearbeitete und vorgelegte Petition bezüglich der Regelung der Stellung der Bezirkswundärzte. Nach einer lebhaften Debatte, an der sich die p. t. Mitgließer Dr. Bleiweis jun., Rapprecht, Dr. Fox, Dr. Gijon, Dr. Valenta, Morawer, Dr. Schiffer insbesondere beteiligten, wurde der Petitionsentwurf angenommen mit dem Antrage des Dr. Bleiweis, je eine Petition an die hohe Landesregierung und den hohen Landtag zu richten.

Hierauf wurde zu den wissenschaftlichen Vorträgen geschritten:

I. Primararzt Fox stellte einen Kranken mit einem geheilten großen Fußgeschwür vor.

1. Da oft Fußgeschwüre allen Behandlungen trotzen und die damit Behafteten elendiglich oft durch amphyloide Entartung der Unterleibsorgane zugrunde gehen, so hat man alles mögliche versucht, um die therapeutischen Befehle zu vermehren. In der vorigen Sitzung wurde eine Kranke vorgestellt, deren großes zirkelförmiges Fußgeschwür durch Hauttransplantation nach Reverdin geheilt wurde. In der jetzigen Sitzung stellte er einen Kranken vor, dessen großes Fußgeschwür durch Umschneidung des Geschwüres bis zur Fascie zur Heilung gebracht wurde. Es ist dieser Fall um so interessanter, da schon Albuminurie vorhanden war. Diese verschwand nach der Operation und der Kranke konnte geheilt entlassen werden.

2. Zeigte derselbe eine Verbandweise vor, die wegen ihrer Einfachheit, Wohlfeilheit und Schnelligkeit der Anwendung bei Gipsverbänden sehr zu empfehlen ist. Das Material dazu ist ein etwas stärkerer Tulle-anglais mit Gipspulver bestreut. Dieser Verband wurde im Sanitätspavillon der Weltausstellung mit dem Ehrendiplome gezeichnet.

3. Zeigte er die Dittelsche Ligaturnadel mit Hautschuttröhren vor. Die Ligatur wird verwendet zur Entfernung von Gefäßgeschwülsten, besonders bei Kindern, um die gefährliche Blutung zu vermeiden.

II. Dr. Kocuvan aus Krainburg demonstrierte eine 2 Pfund schwere Geschwulst, welche er als Bindegewebskrebs erklärte; — er hatte dieselbe aus der rechten Brust einer 51jährigen Frau mit Erfolg exstirpiert, nachdem die Neubildung bereits dreimal recidierte. — Von besonderem Interesse ist der Umstand, daß die Wunde am 14. Tage nach der Operation vollkommen verheilt war.

III. Assistent Dr. Drč demonstrierte einen sechszehn Zoll im Durchmesser messenden Mutterkuchen, dessen Befruchtung bei dem Umstande, als sie sich einer Austerbeimame anvertraut hatte, nahezu verblutet wäre. — Eine derartige Placentagröße steht als ein Unicum in der Literatur da. — Der Fall ereignete sich in der Nähe Laibachs; trotzdem, daß auch eine geprüfte Hebamme sich im Orte befand, wurde die Austerbeimame beigezogen. (Da wäre wohl eine bessere Schulbildung, resp. Aufklärung nöthig!)

Wegen vorgerückter Zeit wurde der Vortrag Prof. Valentas über die Doppelnacht bei Mittelfleischriffen auf die nächste Sitzung vertagt.

— (Aus dem Sanitätsberichte des Stadtphysikers) für die Woche vom 7. bis inclusive 13. Dezember 1873 entnehmen wir folgendes:

I. Lufttemperatur meistens unter dem Normale

II. Morbilität ziemlich gleich mit der Vorwoche, der entzündlich-katarrhalische Krankheitscharakter vorherrschend, vereinzelt Typhoide und Entzündungen, die Blattern nicht in Zunahme, ihren mäßig epidemischen Charakter beibehaltend.

III. Mortalität gegen die Vorwoche in mäßiger Zunahme, es starben nemlich 19 Personen (in der Vorwoche 14), davon waren 8 Männer und 11 Weiber, 12 Erwachsene und 7 Kinder. Im Civilspitale starben 7 (davon 2 im Filialspitale in der Polanavorstadt), in der Stadt und den Vorstädten 12 Personen.

Die Todesursache in Rücksicht aufs Alter betreffend starben:

im 1. Lebensjahre starben 2 Kinder (in der Vorwoche 0), und zwar an Blattern und Fraisen je 1 Kind;

vom 2. bis 20. Lebensjahre starben 4 Personen (in der Vorwoche 3), und zwar an Blattern 2, an Lungenlähmung und Typhus je 1 Person;

vom 20. bis 60. Jahre starben 8 Personen (gegen 7 in der Vorwoche), u. z. an Lungenödem 2, an Entzündung der Unterleibsorgane, Typhus, Erschöpfung der Kräfte, Wassertucht, Tuberculose und zufälligen Verletzungen je eine Person;

über 60 Jahre alt starben 5 Personen (gegen 3 in der Vorwoche), u. z. an Schlagfluß, Marasmus, Ruhr, Lungenlähmung und Tuberculose je 1 Person.

Als häufigste Todesursache traten auf: Blattern 3mal, d. i. 157 pSt., Typhus, Lungenlähmung, Lungenödem und Tuberculose je 2mal, d. i. 105 pSt., Ruhr, Schlagfluß und Fraisen je 1mal, d. i. 52 pSt. oder Verstorbenen. Die 12 in der Stadt und den Vorstädten vorgekommenen Todesfälle vertheilen sich, wie folgt: Stadt 6 (in der Vorwoche 0), Petersvorstadt 2 (3), Polanavorstadt 1 (3), Gradišavorstadt 1 (0), Kratau- und Tirmauorstadt 1 (2), Kapuzinervorstadt 0 (1), Karlsbadervorstadt und Hühnerdorf 1 (0), Moorgrund 0 (0).

— (Kraiser Landtag.) Tagesordnung für die sechste Sitzung am 20. Dezember: 1. Mittheilungen des Landtagspräsidiums, 2. Bericht des Finanzausschusses über den Rechnungsabluß pro 1872 und den Vorschlag pro 1874 des Grundentlastungsfondes, 3. Bericht des Finanzausschusses über den Rechnungsabluß des Landesfondes nebst Subfonden pro 1872, 4. Bericht des Finanzausschusses über den Vorschlag des Landesfondes sammt Subfonden pro 1874, 5. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Bewilligung einer Sauebrückenmauer bei Ralsbach, 6. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über eine Subvention aus dem Landesfonde für diese Brücke, 7. Bericht des Finanzausschusses über die Donation für eine Ackerbauschule in Krain, 8. Bericht des Schulausschusses über das Gesetz für Wiederholungsschulen in Krain.

— (Plötzlicher Todesfall.) Herr Matthias Koren, Realitätenbesitzer in Planina und Landtagsabgeordneter (aus der Wählerliste der Landgemeinden Krains) wurde gestern in seinem Bette im Wranitschen Gasthause „zur Sternwarte“ in Laibach, wo er Wohnung innehatte, todt gefunden. Er starb infolge Schlaganfalles.

— (Wegen der hier herrschenden Blatternepidemie) bleiben sämtliche öffentliche Lehranstalten in Laibach in der Zeit vom 19. Dezember l. J. bis 7. Jänner 1874 geschlossen.

— (Dem Kindergartensfeste) werden auch die Eltern der die Rehn'sche Institutschule besuchenden Kinder beimohnen.

— (Die slovenische Bühne) bringt morgen das Bühnenstück „Ein verrufenes Haus“ zur Aufführung.

— (Generalversammlung.) Die Generalversammlung der Actionäre der Actiengesellschaft Leytam-Josefthal findet am 21. Dezember um 10 Uhr vormittags im Centralbureau (Graz, Siempergasse Nr. 7) statt.

— (Die Citalica in Rudolfswerth) hält am 21. d. eine Hauptversammlung, welche die Ausschüßwahlen pro 1874 vornehmen wird.

— (Die Citalica in Krainburg) veranlaßt am 21. d. eine Beseda zu wohlthätigen Zwecken.

— (Postfachen.) Die „Danica“ Nr. 50 brachte folgende Notiz: „Das Dorf Pölland ob Bischofslach gehört in den Bestallungsbezirk des k. k. Postamtes Trata, etwa 1/2 Stunden davon entfernt, von wo aus erst die Correspondenzen nach Pölland zurückgeschickt werden. — Gibt es irgendwo noch etwas ähnliches auf der Welt? Der Schreiber obiger Notiz war offenbar schlecht informiert, denn das k. k. Postamt für das gesammte pöllander Thal befindet sich nicht in Trata, sondern seit seiner Erreicherung in Gorenjavas. Jeder, dem die Ortsverhältnisse des pöllander Thales nur theilweise bekannt sind und der unparteiisch gestimmt ist, wird einsehen, daß Gorenjavas, welches in der Mitte des Thales liegt und den Knotenpunkt vieler dichtbesiedelten Nebenthäler bildet, für die Erhaltung eines k. k. Postamtes unbestreitbar die günstigste Lage unter allen Dörfern des gesammten Thales hat. — Außerdem befinden sich in Gorenjavas und dessen nächster Umgebung die meisten bedeutenden Handels- und Gewerbetreibenden, die meisten Gemeindef- und Pfarrämter u. s. f. — Leider sind die Verhältnisse bei uns noch nicht so weit vorgeschritten, daß jedes Dorf sein eigenes Postamt haben kann, es müssen also solche nur in Orten aufgestellt werden, wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten und wo es dem Publicum am besten gelegen ist.

— (Unglücksfall.) In der Papierfabrik zu Görtschach nächst Laibach wurde ein Arbeiter von der Maschine erfaßt; er erlitt Fuß und Armbrüche, nebstdem eine derartige Beschädigung des Rückgrates, daß er von dem herbeigeholten Arzte bereits als Leiche aufgefunden wurde.

— (Bahnunfall.) Am 16. d. entgleiste auf der fume-larstädter Bahn der Zug in der Nähe von Slobin und bewegte sich außer dem Geleise eine Strecke fort. Es fiel dabei kein Unglück vor.

— (Verbrechen.) Die „Klagenf. Btg.“ erzählt: „Der aus Maria Felo im Bezirke Laibach gebürtige ledige Zimmermeister Franz Matschnil wurde durch die Gendarmerie in Feldkirchen wegen Verbrechens des Diebstahls und dringenden Verdachtes einer künftigen Brandlegung aufgegriffen und dem Landesgerichte eingeliefert. Demselben wurde der Brand „zum bösen Lachen“, wo der Handschuhmacher-geselle Weinwurm und ein italienischer Flaschenhändler verbrannten, nebst drei anderen Bränden im Bezirke Feldkirchen und einem Brande in Zweifachen, Bezirk St. Veit, zur Last gelegt, und hat sich der Verdacht dadurch bestärkt, weil Matschnil jedesmal bei allen fünf Bränden anwesend war und ausnehmend Hilfe leistete.“

— (Wölfe.) Die „Klagenfurter Btg.“ erzählt, daß im Gail- und Gailthale wieder Wölfe auslauchen, die den Schafherden sehr gefährlich werden und sich sogar in einzelne Ortschaften wagen.

— (Theilung von Gemeindegewäldern.) Die Bewilligung der Theilungen von Gemeindegewäldern, wenn auch nur zu Verpachtungs- oder Nutzungszwecken, hat nach einer Eröffnung des Ackerbauministeriums die Landesstelle (und nicht die Bezirksbehörde) nach § 1 des Forstgesetzes zu erteilen. Das Ackerbauministerium ist bei dieser Aufsaugung von der Erwägung ausgegangen, daß mit Rücksicht auf die unbestrittene Anwendbarkeit des § 21 des Forstgesetzes auch auf Theilungen zu Verpachtungs- und Nutzungszwecken und mit Rücksicht auf die Zweckmäßigkeit, überhaupt solche Theilungen nur in Ausnahmefällen eintreten zu lassen, bei der Competenzbestimmung strenge nach dem Wortlaute des Gesetzes vorgegangen werden müsse.

— (Der Theaterbesuch) in der heurigen Saison gestaltet sich nicht nur in Laibach, sondern auch in anderen Städten sehr ungünstig; infolge dessen haben die Theaterdirectoren Schwabe in Olmütz und Bertalan in Klagenfurt um Enthebung ihrer contractlichen Verpflichtungen angeführt.

— (Theaterbericht vom 19. d.) Das Miranische Volksstück „Ein Lehrer zur Zeit Josef II.“ wurde recht gut gegeben und auch recht beifällig aufgenommen. Jene Stellen, in welchen der Sonnenaufgang der Freiheit, das Erlöschen der privilegierten Personalrechte, das Emporblühen der Wissenschaft und des Unterrichtes, die eintretende Aera der Gerechtigkeit, betont wird, elektrisirten das mittelgüt besuchte Haus. Die Aufführung erfolgte recht zufriedenstellend. Mit großem Beifall und Hervorrufen wurden ausgezeichnet die Herren Köhler (Günter), Director Kozly (Cseles) und Fräulein Solwey (Therese) für ihr eminentes Spiel; Frau Krosch (Anastasia) und Fr. Rosenberg (Kaisinka) für ihr komisches Auftreten in Maste und Mimik. Mit vollem Verständnis führten die Herren Packner (Raunig), Wärtens (Weller), Wauer (Arbam), Suppan (Rudolf) und Fahr (Porlaner) ihre Rollen aus; Frau Kleginsky-Bürger (Florinde) war eine superbe, elegante, tofette, dabei liebenswürdige und freundliche Ballerine.

— (Die musikalische Welt.) Monatshefte ausgewählter Compositionen unserer Zeit, herausgegeben von Franz Abt und Clemens Schultze. Braunschweig. Henry Klotz's Verlag. Die zwölfte und letzte Jahreslieferung dieser vortrefflichen Publication liegt vor uns und kündigt zu gleicher Zeit das alljährliche Ercheinen (im Dezember) zweier neuer Doppelhefte, nemlich E, Tanzalbum, eine Auswahl neuer Tänze, und F, Sammlung von Clavierstücken zu vier Händen, zum Preise von 10 Sgr. pro Doppelheft, an. Es ist zu erwarten, daß beide den zahlreichen Abonnenten der „Musikalischen Welt“ eine willkommene Zugabe zu

ihrer Sammlung sein wird. Abonnements besorgt die Buchhandlung Ign. v. Kleinmayr & Feod. Bamberg in Laibach.

Rundmachung.

Aus den Nachrichten öffentlicher Blätter ist bereits bekannt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine internationale Ausstellung zur Feier des hundertjährigen Gedenktages der Unabhängigkeitserklärung der Union in Philadelphia zu veranstalten beabsichtigt.

Diese Ausstellung soll nach der Proclamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten am 19. April 1876 eröffnet werden.

Im Wege des k. k. Ministeriums des Aeußern ist nun der k. k. Regierung die officielle Einladung des Staatssecretärs für die auswärtigen Angelegenheiten Amerikas Mr. Hamilton Fish zur Theilnahme an dieser internationalen Ausstellung zugekommen, und diese wurde vom hohen k. k. Handelsministerium nebst den allgemeinen Bestimmungen für die Ausstellung in Abschrift anher mitgetheilt.

Da nun die in Frage stehende Ausstellung unzweifelhaft Gelegenheit bieten wird, den heimischen Export zu erweitern, so erscheint es wünschenswert, daß sich auch Krain an der Beschickung dieser Ausstellung lebhaft theilnehmen möchte.

Zu diesem Ende erlaubt sich die gefertigte Handels- und Gewerbekammer, die P. T. Herren Industriellen, Gewerbetreibenden, Landwirthe und Künstler zur Theilnahme an der besagten Ausstellung mit dem Bemerkten einzuladen, daß diejenigen, bei welchen auf eine Beschickung der fraglichen Ausstellung gerechnet werden kann, gefälligst ihre diesbezügliche Absicht bis längstens 29. Dezember d. J. zur hierortigen Kenntnis bringen wollen, um hierüber sodann den abverlangten Bericht an das hohe k. k. Handelsministerium erstatten zu können.

Laibach, am 16. Dezember 1873.
Handels- und Gewerbekammer für Krain.

Der Präsident:

V. C. Supan m. p.

Der Secretär:

J. Murnik m. p.

Allgemeine Bestimmungen.

1. Die Weltausstellung von 1876 wird in Fairmount Park, in der Stadt Philadelphia, im Jahre 1876 abgehalten.

2. Der Eröffnungstag der Ausstellung wird der 19te April 1876 und der Tag des Schlußes derselben der 19. Oktober 1876 sein.

3. Eine freundliche Einladung ergeht an jede Nation der Erde, damit sie durch ihre Künste und Industrien, durch ihren Fortschritt und ihre Entwicklung vertreten sei.

4. Eine förmliche Annahme dieser Einladung wird vor dem 4. März 1874 erwartet.

5. Jede Nation, welche diese Einladung annimmt, wird aufgefordert, eine Commission zur Leitung aller ihre eigenen Interessen berührenden Angelegenheiten zu bestellen. Zum Zwecke eines entsprechenden Verkehrs und einer genügenden Oberaufsicht wird namentlich gewünscht, daß ein Mitglied einer jeden solchen Commission angewiesen werde, bis zum Schluß der Ausstellung seinen Aufenthalt in Philadelphia zu nehmen.

6. Die Vorrechte als Aussteller können nur Staatsangehörigen (citizens) jener Länder gewährt werden, welche die Einladung zur Theilnahme an der Ausstellung angenommen und die vorerwähnte Commission bestellt haben, und sämtliche Mittheilungen müssen durch die Regierungs-Commission geschehen.

7. Aufsuchen um einen Raum innerhalb der Ausstellungsgebäude oder in deren Annexen unter der Controle der „Hundertjährigen Commission“ müssen vor dem 4. März 1875 eingebracht werden.

8. Vollständige Pläne der Gebäude und ihrer Annexen werden den Commissären der einzelnen Nationen, welche die Einladung zur Theilnahme angenommen haben, zugemittelt werden.

9. Sämmtliche für die Ausstellung bestimmten Gegenstände müssen, um deren gehörige Aufstellung und Classification zu sichern, am oder vor dem 1. Jänner 1876 in Philadelphia sein.

10. Die Congreßacte, welche sich auf die Zollamts-Regulative, die Zölle u. beziehen, zusammen mit allen besonderen Bestimmungen, welche die „Hundertjährige Commission“ bezüglich auf den Transport, die Zuweisung von Raum, die Classification, bewegende Kraft, Versicherung, polizeiliche Vorschriften und andere für die gehörige Entfaltung und Bewahrung der Gegenstände notwendigen Dinge getroffen hat, werden den beglaubigten Vertretern der einzelnen bei der Ausstellung mitwirkenden Regierungen pünktlich mitgetheilt werden.

Dreschmaschinen. — Wie sehr eine gute Dreschmaschine für den kleineren und kleinsten Landwirth ein Bedürfnis geworden ist, und welcher allgemeinen Anhang eine als zweckmäßig erprobte Maschine dieser Gattung findet, dafür mag folgendes als Beweis dienen.

Die Firma **Moriz Weil Jun.** in Frankfurt am Main, Seilerstraße Nr. 2, lieferte im vorigen Jahre

Achtzehnhundert Weilsche Hand-Dresch-

fünfhundertvierzig zweipferdige Göpel-

Dreschmaschinen,

Hundertzehn einpferdige Göpel-Dreschmaschinen,

das sind zusammen nahezu zwei und ein halb tausend Exemplare oder fünfzig Stück wöchentlich. — Landwirthe, welche sich für diese Maschinen interessieren, belieben sich an obige Firma direct zu wenden oder an **Moriz Weil Jun.** in Wien, Franzensbrückenstraße 13.

Für das **Elisabeth-Kinderhospital** haben ferner gespendet: Frau Anna Samassa 10 fl., ein Ungekannter 40 fr.

Neueste Post.

Auf allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre Majestät Elisabeth Louise, vermilwete Königin von Preußen, die Hoftrauer, am 20. Dezember angefangen durch sechsundvierzig Tage mit folgender Abwechselung getragen werden: durch die ersten achtzehn Tage d. i. vom 20. Dezember 1873 bis einschließlich 6. Jänner 1874, die tiefe und durch 4 Wochen, d. i. vom 7. Jänner bis einschließlich 3. Februar, die mindere Trauer.

Paris, 18. Dezember. Es gehen Gerüchte über bevorstehende Ministerwechsel, insbesondere in Bezug auf das Kriegsministerium.

Madrid, 18. Dezember. Die Regierung hat den Gouverneur Belprino beauftragt, sich vor Cartagena zu begeben, um der Truppe den Auftrag zu überbringen, ihre Operationen zu beschleunigen.

Telegraphischer Wechselskurs

vom 19. Dezember.

Papier-Rente 69.35. — Silber-Rente 73.60. — 1860er Staats-Anleihen 102.25. — Bank-Actien 996. — Credit-Actien 233.50. — London 113.47. — Silber 108.75. — A. f. Münz-Ducaten. — Napoleons'or 9.10 1/2.

Wien, 19. Dezember. 2 Uhr. Schlußcourse: Credit 233 1/2, Anglo 132 1/2, Union 102 1/2, Francobank 29, Handelsbank 58 1/2, Vereinsbank 10 1/2, Hypothekendarlehenbank 14, allgem. Baugesellschaft 50, Wiener Baubank 80, Unionbaubank 43, Wechselbankbank 9 1/2, Brigittenauer 9 1/2, Staatsbahn 337 1/2, Lombarden 167 1/2. Still.

Verstorbene.

Den 11. Dezember. Kaspar Kotalj, Bettler, 72 J., Civilspital, Ruhr. — Primus Frantar, Knecht, 39 J., Civilspital, infolge erlittener Verletzungen und wurde gerichtlich beschauf.

Den 12. Dezember. Apollonia Bürger, Zinwohnergattin, 66 J., Stadt Nr. 114, Lungenerkrankung. — Gabriele Pirnat, Bergbaubefugtertochter, 10 J., Stadt Nr. 210, Kopfschmerz.

Den 13. Dezember. Maria Sejel, Zinwohnergattin, 74 J., Polanavorstadt Nr. 85, Lungensucht. — Fr. Leonore Gail v. Gallenstein, krainische Stiftsdame, 90 J., Stadt Nr. 4, Schlagfluß. — Josef Krajnc, Arbeiterinsohn, 2 J., Civilspital Polanavorstadt Nr. 58, Blattern. — Maria Kretz, Schneiderstochter, 6 J., Civilspital, Lungenerkrankung. — Josef Demel, Arbeiterkind, 1 J., Pühnerdorf Nr. 41, Blattern. — Franz Seblar, Schmiedeknecht, 10 Mon., St. Peterborstadt Nr. 36, Fräusen.

Den 14. Dezember. Maria Zupandic, Arbeiterin, 26 J., Civilspital, Lungentuberculose. — Franz Urbanic, Hefehändler, 3 J. 10 M., Gradischavorstadt Nr. 58, Lungenerkrankung.

Den 15. Dezember. Maria Sejel, Oberconducere, 4 J. 10 M., St. Peterborstadt Nr. 21, brandige Bräune. — Kaspar Stöckl, Handelsmann, 42 J., Kapuzinerborstadt Nr. 80, Herzkrankung. — Thomas Raunobrib, Arbeiter, 56 J., Kralau vorstadt Nr. 43, Geschwür. — Ursula Lavric, Arbeitergattin, 24 J., Civilspital, Lungentuberculose.

Den 16. Dezember. Aloisia Rosmanil, Spinnfabrikarbeiters zweigebornes Zwillingstünd, 6 Mon., Elisabeth-Kinderhospital, Bluterkrankung.

Den 18. Dezember. Michael Zajc, Knecht, 28 J., Civilspital, infolge von erlittenen Verletzungen. — Johann Zupan, Bettler, 6 J., Civilspital, Lebertreibe. — Franz Krate, Magazinsarbeiter, 3 J., Gradisch Nr. 6, Lungenerkrankung. — Anna Giberti, k. k. Obersteuerrathswitwe, 66 J., Stadt Nr. 34, organisches Herzleiden.

R. f. Garnisonspital.

Den 7. Dezember. Refrut Anton Ulls vom 17. Inf.-Regt., 23 J., Blattern.

Den 8. Dezember. Jäger Mathias Presch vom 19. Bataillon, 21 J., Bauchfellentzündung.

Den 12. Dezember. Infanterist Franz Hirschel vom 17. Inf.-Regt., 21 J., Blattern

Angelommene Fremde.

Am 19. Dezember

Stadt Wien. Angelli, Private, Graz. — Liebmann, Ingenieur, Prag. — Gibrti, f. Schwester, Priv., Triest. — Baron Sothen, f. Kammerdiener, Bondi, Keis, Lugenthat, Kaufm., Wien.

Hotel Elephant. Flora, Trieste. — Eufie, k. k. Oberst, Gili. — Rigutto, Agent, und Sormann Agnes, Trieste. — Miali, Kaufm., Florenz. — Weyrauch, Wien. — Avanzo, Gbrz. — Graf Pace, Herrschaftsbes., Ponomie.

Hotel Europa. Fuchs, Wien. — Dermota, Beamter, Berbovsko. — Pacheny, Wien. — Schaffer, Steyer.

Kaiser von Oesterreich. Dtrin, Wien. — Schnögaß, Steyer.

Sternwarte. Knall, Niemer, Griftritz.

Mohren. Borghi, Italien. — Vernet, Lehramtsandidat, Poganiz. — Podobnik, Zbria.

Theater.

Heute: **Gold-Else**, oder **Die Egoisten**. Schauspiel in 5 Acten.

Jutri: **Hiša slabega glasu**. Igra iz življenja s petjem v 3 dejanjih.

Metereologische Beobachtungen in Laibach.

Dezember	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Temperatur nach Celsius	Wind	Wolken	Wetter	Stärke des Regens in Millimetern
19.	6 U. Mg.	735.41	- 3.8	windstill	heiter		0.00
2.	„ „	739.24	+ 5.8	windstill	heiter		
10.	„ Ab.	740.84	- 2.2	windstill	heiter		

Starker Reif. Wolkenloser Tag. Abendroth. Abends etwas Nebel. Das Tagesmittel der Temperatur 0.0, um 1.6° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr.

Börsebericht. Wien, 18. Dezember. Das Geschäft nahm, wie in den letzten Tagen überhaupt, keine größere Bedeutung in Anspruch, zeigte aber im Verkehr mit Anlagewerthen eine ziemlich feste Tendenz und waren insbesondere Bahnpapiere gesucht.

	Geld	Ware		Geld	Ware		Geld	Ware		Geld	Ware
Wais	69 55	69 65	Depositenbank	50	51	Rudolfs-Bahn	156 50	157 50	Stidbahn à 3%	111 50	112
Februar	69 40	69 50	Comptantbank	890	900	Stantsbahn	338	338 50	" 5%	96 25	96 50
Jänner	73 95	74 05	Franko-Bank	29	30	Stidbahn	168 50	169	Stidbahn, Bond	—	—
April	73 90	74	Handelsbank	59	60	Eheiß-Bahn	195	196	Ang. Ostbahn	64	65
Josef, 1839	287	292	Vandekantenverein	98	100	Ungarische Nordostbahn	—	100			
" 1854	97	98	Nationalbank	996	998	Ungarische Ostbahn	49	50			
" 1860	101 90	102 10	Deferr. allg. Bank	30	31	Tramway-Gesellsch.	—	151			
" 1860 zu 100 fl.	108 50	109	Deferr. Bankgesellschaft	200	201				Privatloose.		
" 1864	131	131 50	Unionbank	103 25	103 75				Kredit-L.	172	173
Domänen-Pfandbriefe	118 75	119 25	Bereitsbank	10 50	11				Rudolfs-L.	12	12 50
Böhmen	95	96	Bereitsbank	107	108						
Galizien	76	76 50				Baugesellschaften.			Reichsf.		
Siebenbürgen	73	73 75				Allg. österr. Baugesellschaft	50 50	51	Augsburg	95 25	95 50
Ungarn	76 25	77				Wiener Baugesellschaft	81 50	81 75	Karlsruhe	95 65	95 85
Donau-Regulierungs-Lose	96 80	97 20							Darmstadt	55 70	55 90
Ung. Eisenbahn-Anl.	95 50	96							Leipzig	113 50	113 70
Ung. Prämien-Anl.	76 25	76 75							Basel	44 70	44 80
Wiener Communal-Anlehen	85 30	85 60									
									Geldsorten.		
Actien von Banken.									Ducaten	5 fl. 43 kr.	5 fl. 44 kr.
Anglo-Bank	134	134 10							Napoleon's or	9 " 09 "	9 " 10 "
Bankverein	56 50	57 50							Preuß. Kassenscheine	1 " 69 1/2 "	1 " 70 "
Börsencreditanstalt	—	—							Silber	108 " 65 "	108 " 85 "
Creditanstalt	234 50	235									
Creditanstalt, ungar.	180 50	181									

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 292.

Samstag den 20. Dezember 1873.

(568—1)

Nr. 7072.

Binderstelle.

An der Landes-Obst- und Weinbauschule in Slap ist mit Beginn des Jahres 1874 die Stelle eines **Binders** mit der Jahresbestallung von 80 Gulden nebst freier Wohnung und mit der Befugnis, das Bindergewerbe in der Werkstätte der Anstalt nach Zulässigkeit des Dienstes auf eigene Rechnung auszuüben, zu besetzen.

Bewerber um diesen Posten haben ihre bezüglichen Gesuche unter Nachweisung der ordentlichen Kenntnis der Binderei und der bisherigen Ausübung dieses Gewerbes, dann des Alters, des ledigen oder verheiratheten Standes, der Moralität und der Kenntnis der slowenischen Sprache bis Ende Dezember 1873 beim krainischen Landesaussschusse einzubringen.

(566—1)

Nr. 1614.

Dienerstelle.

Bei dem k. k. Bezirksgerichte Rastensfuß ist eine Dienerstelle mit den systemmäßigen Bezügen von 300 fl., eventuell 250 fl. und der 25% Zulage und dem Bezuge der Amtskleidung in Erledigung gekommen.

Die Bewerber haben ihre gehörig belegten Gesuche im vorschristsmäßigen Dienstwege binnen vier Wochen und rücksichtlich bis

17. Jänner 1874

bei diesem Präsidium einzubringen.

Militärbewerber werden auf das Gesetz vom 19. April 1872, Z. 60 R. G. B., die Ministerial Verordnung vom 12. Juli 1872, Z. 98 R. G. B. und den hohen Justizministerial-Erlaß vom 1. September 1872, Z. 11348, zur Darachachtung gewiesen.

Rudolfswerth, am 14. Dezember 1873.

K. k. Kreisgerichts-Präsidium.

(569—1)

Nr. 225.

Lehrerstelle.

An der zweiklassigen Volksschule in Mannsburg ist die zweite Lehrerstelle mit einem Jahresgehalte von 400 fl. zu besetzen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig belegten Gesuche

bis Ende Dezember d. J.

beim gefertigten Bezirkschulrath zu überreichen.

K. k. Bezirkschulrath Stein, am 14. Dezember 1873.

(567—1)

Rinderpest.

Nr. 7723.

Aus Anlaß der in der Stadt Rudolfswerth am 12. Dezember d. J. und in der Ortschaft Sil-

berdorf, Ortsgemeinde St. Michael-Stopitsch am 14. d. M. ausgebrochenen ämtlich constatirten Rinderpest wird der Seuchengrenzbezirk festgesetzt, wiesolgt:

1. Aus der Bezirkshauptmannschaft Rudolfswerth werden in den Seuchengrenzbezirk die Ortsgemeinden: Hönigstein, Preitschna, St. Peter, Weißkirchen, Brunsitz, St. Michael-Stopitsch, Töplitz, Böllandl, Tschermoschnitz, Rudolfswerth, Neudegg, Treffen, Haidowitz und Hof einbezogen.

2. In der k. k. Bezirkshauptmannschaft Gurkfeld die Ortsgemeinden: St. Margarethen, Dobruskavas, St. Bartolmä und die Pfarre Obernassensfuß.

3. In der k. k. Bezirkshauptmannschaft Tschernembl die Ortsgemeinden: Suhor, Lofwitz, Radoviza, Rozalniz und Mötling.

4. In dem k. k. Bezirksamte Kostanjevac die an den Gorjanzberg angrenzenden Ortschaften.

Für den Seuchengrenzbezirk treten die Bestimmungen des § 27 des Gesetzes vom 29. Juni 1868, Nr. 118 R. G. B. und des Gesetzes zu diesem § des h. Ministerial Erlasses vom 7ten August 1868, Nr. 119 R. G. B., in Wirksamkeit.

Rudolfswerth, am 17. Dezember 1873.

(562—2)

Nr. 7723.

Rinderpest.

Aus Anlaß der in der Stadt Rudolfswerth, dann in der Ortschaft Silberdorf der Ortsgemeinde St. Michael-Stopitsch, ausgebrochenen Rinderpest finde ich im ganzen Bereiche dieser Bezirkshauptmannschaft die Abhaltung von Viehmärkten bis auf weiteres zu untersagen, was hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Rudolfswerth, am 15. Dezember 1873.

Der k. k. Bezirkshauptmann:

Gef.

(560—3)

Nr. 9551.

Rinderpest.

Wegen der in der Stadt Rudolfswerth ausgebrochenen Rinderpest finde ich die Abhaltung von Viehmärkten nun auch in den Steuerbezirken, Gurkfeld, Rastensfuß und Rastbach bis auf weiteres zu untersagen, im Steuerbezirke Landstraß, welcher als Seuchengrenzbezirk aufgestellt ist, bleibt selbstverständlich auch noch weiterhin die Abhaltung von Viehmärkten untersagt. Es finden somit im ganzen Bereiche der Bezirkshauptmannschaft Gurkfeld bis auf weiteres keine Viehmärkte statt.

Gurkfeld, am 15. Dezember 1873.

Der k. k. Bezirkshauptmann:

Chorinsky.

(549—3)

Nr. 13635.

Edictal-Vorladung.

Nachstehende, hieramts in Vorschreibung stehende Gewerbsparteien unbekannten Aufenthaltes werden mit Bezug auf den hohen Steuerdirections-Erlaß vom 20. Juli 1856, Z. 5156, hiemit aufgefordert,

binnen 14 Tagen

von der letzten Einschaltung dieser Kundmachung an um so gewisser hieramts sich zu melden und den auswärtigen Steuerrückstand zu berichtigen, als man im widrigen Falle die Lösung ihrer Gewerbe von Amtswegen veranlassen würde.

1. Maltenschek Johann, Kleinwieschecher, Art.-Nr. 2862, Steuerbetrag pro 1871 6 fl. 61 1/2 kr., pro 1872 6 fl. 61 1/2 kr., pro 1873 6 fl. 61 1/2 kr., 48 kr. Handelskammerbeitrag pro 1871 und 1873.
2. Mannicher Mauritius, Bäcker, Art.-Nr. 335, 7 fl. 5 1/2 kr. Einkommensteuer pro 1869.
3. Klancar Damian, Wirth, Art.-Nr. 587, Steuerbetrag pro 1870 6 fl. 67 kr., pro 1871 17 fl. 64 kr., pro 1872 17 fl. 64 kr., pro 1873 17 fl. 64 kr., 1 fl. 26 kr. Handelskammerbeitrag pro 1871 und 1873; Art.-Nr. 194 Einkommensteuer pro 1869 5 fl. 88 kr.; Art.-Nr. 373 Einkommensteuer pro 1870 5 fl. 88 kr.; Art.-Nr. 460 Einkommensteuer pro 1871 6 fl. 30 kr.
4. Hlebaine Lorenz, Bäcker, Art.-Nr. 1997, Steuerbetrag pro 1871 17 fl. 64 kr., pro 1872 17 fl. 64 kr., pro 1873 17 fl. 64 kr., 1 fl. 26 kr. Handelskammerbeitrag pro 1871 und 1873.
5. Starre Michael, Greisler, Art.-Nr. 2214, Steuerbetrag pro 1871 1 fl. 54 1/2 kr., pro 1872 6 fl. 61 1/2 kr., pro 1873 6 fl. 61 1/2 kr.
6. Homm Josef, Stedrichschlächter, Art.-Nr. 2794, Steuerbetrag pro 1872 6 fl. 61 1/2 kr., pro 1873 6 fl. 61 1/2 kr., 32 kr. Handelskammerbeitrag.
7. Satz Bartholmä, Metzger, Art.-Nr. 3393, Steuerbetrag pro 1869 17 fl. 64 kr., pro 1870 17 fl. 64 kr., pro 1871 17 fl. 64 kr., pro 1872 17 fl. 64 kr., pro 1873 17 fl. 64 kr., 2 fl. 10 kr. Handelskammerbeitrag pro 1869 bis 1873; Art.-Nr. 517, 24 fl. 36 kr., Art.-Nr. 675 20 fl. 47 1/2 kr.; Art.-Nr. 518 15 fl. 33 kr. Einkommensteuer pro 1869 bis 1871.
8. Moller Franz, Brodverkauf, Art.-Nr. 3709, Steuerbetrag pro 1871 2 fl. 77 1/2 kr., pro 1872 6 fl. 61 1/2 kr., pro 1873 6 fl. 61 1/2 kr., 32 kr. Handelskammerbeitrag.
9. Jaclard Nicolo, Eisenwarenhändler, Art.-Nr. 3869, pro 1872 17 fl. 64 kr., pro 1873 17 fl. 64 kr., 84 kr. Handelskammerbeitrag.
10. Schidan Josef, Kleidermacher, Art.-Nr. 3971, pro 1870 8 fl. 82 kr., pro 1871 17 fl. 64 kr., pro 1872 17 fl. 64 kr., pro 1873 17 fl. 64 kr., 1 fl. 26 kr. Handelskammerbeitrag.

Stadtmagistrat Laibach, am 7. Dezember 1873.